

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 27.10.2016

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 27.10.2016
Beginn:	18:40 Uhr
Ende	21:04 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

ohne Zif. 3.5 ö

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

ohne Zif. 1 und 4 ö

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

ohne Zif. 3.5 ö

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

bis 20.46 Uhr/Zif. 3.4 ö

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

bis 20.58 Uhr/Zif. 5 ö

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

ohne Zif. 4 ö

Stadträtin Andrea Schmidt

Stadträtin Bianca Tröge
ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

ohne Zif. 1 ö

BP-Stadtratsgruppe
Stadtrat Uwe Hartmann

Ortssprecher
Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Schriftführerin
Verwaltungsfachangestellte Franziska
Schlier

Berichterstatler
Verwaltungsrätin Monika Erdel
Bauingenieur Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion
Bürgermeister Stefan Güntner

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion
Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Ortssprecher
Ortssprecherin Anna Schlötter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen folgende Tagesordnung.

- 1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 25.06.2015, 23.07.2015, 30.07.2015, 10.12.2015 und 04.10.2016**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 25.06.2015, 23.07.2015, 30.07.2015, 10.12.2015 und 04.10.2016 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

- 2. Ein "Deutsches Konditoreimuseum" in Kitzingen;
hier: Information und Beauftragung einer Machbarkeitsstudie**

Verwaltungsrat Hartner erläutert ausführlich den Sachvortrag, erkennt das Kitzinger Conditorei-Museum als großartiges Aushängeschild und bittet um Zustimmung zum Beschlussentwurf für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für ein „Deutsches Konditoreimuseum“ in Kitzingen.

Herr Dr. Kley (Gebietsreferent der Landesstelle für die nichtöffentlichen Museen) geht detailliert auf die Vorzüge des bestehenden Conditorei-Museums ein. Insbesondere lobt er die umfangreiche Sammlung, sieht großes Potential im Standort sowie dem authentischen, historischen Gebäude. Außerdem bringt Herr Poganietz ein herausragendes Fachwissen mit, welches noch zu erfassen wäre. Bezüglich der hohen Kosten für den Innenausbau, die Modernisierung und Ausgestaltung sowie die Gebäudeinvestition und auch die Folgekosten sei eine derartige Studie zu empfehlen. In diesem Zusammenhang sieht Herr Dr. Kley aber gute Chancen einige potentielle Fördergeber einbinden zu können (z.B. LEADER, Kulturfond, Bayerische Landesstiftung, Unterfränkische Kulturstiftung, Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen). Oberbürgermeister Müller hält eine Machbarkeitsstudie für eine wichtige Entscheidungsgrundlage und bittet daher das Gremium um Zustimmung.

Stadträtin Kahnt (Stellvertretende Referentin für Kultur und Brauchtum) befürwortet die Machbarkeitsstudie, da sie einen großartigen Gewinn sieht, neben dem Deutschen Fastnachtmuseum auch ein Deutsches Konditoreimuseum nach Kitzingen zu holen.

Stadträtin Wallrapp (Referentin für Tourismus) hält den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie für zwingend erforderlich. Aus touristischer Sicht wäre ein Deutsches Konditoreimuseum sehr interessant für Kitzingen, betont Stadträtin Wallrapp und dankt der Familie Poganietz für das großartige, persönliche Engagement.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/229 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen empfohlene Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die möglichen Fördergeber hierfür einzubeziehen und dem Stadtrat das Ergebnis der Studie als Grundlage zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

3. Anträge von Fraktionen und Gruppen

3.1. Antrag der CSU Fraktion vom 07.10.2015; Neuausrichtung der städtischen Wohnungspolitik

Stadtrat Moser erläutert ausführlich den Antrag. Nach Rücksprache mit Herrn Brand wurde mitgeteilt, dass der laut Antrag einzubeziehende Wirtschaftsprüfer nicht das richtige Bindeglied sei. Demnach möchte er den Beschluss insoweit ändern, dass der Verband der Wohnungswirtschaft stattdessen einbezogen werden soll. Mit dieser Änderung bittet Stadtrat Moser um Zustimmung aus dem Gremium.

Auf Nachfrage aus dem Gremium stellt Oberrechtsrätin Schmöger klar, dass die Obdachlosenfürsorge eine klassische hoheitliche Aufgabe sei und nicht an Private delegiert werden könne, demnach wäre die Schaffung von Obdachlosenwohnungen nach Übergabe an die Bau GmbH nicht mehr möglich.

Nach ausführlicher Diskussion zur Übernahme der Wohnungen durch die Bau GmbH, wird erkennbar, dass die Mehrheit dem Antrag nicht nachkommen wird,

insbesondere auf Grund des Verlustes möglicher Fördergelder sowie der Kosten, die die Konzepterstellung verursacht.

Stadtrat Moser stellt klar, dass es bei dem Antrag noch nicht um die Übertragung der Gebäude gehe, sondern lediglich darum, dass sich die Stadt mit der Thematik weiter beschäftigt und der Bestand festgestellt wird. Des Weiteren fordert er das Aufzeigen von Vor- und Nachteilen mit dem Ziel weiteren sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

abgelehnt **dafür 8 dagegen 20**

Dem Antrag von Stadträtin Wallrapp auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

Nach gründlichem Meinungsaustausch verliert der Oberbürgermeister den geänderten Beschlussentwurf und stellt diesen zur Abstimmung.

abgelehnt **dafür 11 dagegen 17**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2015/227/1 wird Kenntnis genommen.
2. Dem Stadtrat sowie dem Aufsichtsrat der Kitzinger Bau GmbH soll bis zum Jahresende 2017 unter Einbeziehung des Verbands der Wohnungswirtschaft aufgezeigt werden, ob die städtischen Wohnungen zur stadteigenen Kitzinger Bau GmbH übertragen werden können.
Die Vor- und Nachteile, die sich aus einer Verlagerung ergeben, sowie die anfallenden Kosten sollen den zuständigen Entscheidungsgremien im Zuge der zweiten Beschlussvorlage bis zum Jahresende vorgelegt werden.

**3.2. Antrag der CSU-Fraktion vom 23.07.2016;
"Antrag zum Haushalt 2017 - Sanierung Bergfriedhof Hohenfeld"**

Oberbürgermeister Müller bezieht sich auf das Anschreiben des Ortsverschönerungsvereins Hohenfeld vom 22.02.2016, in dem der Vorsitzende des Vereins, Rudolf Sattes, mitgeteilt habe, dass sich der Verein sehr gerne an der Friedhofsgestaltung beteiligen würde. In diesem Zusammenhang sagt er zu, im Falle einer positiven Beschlussfassung auf den Verein zuzugehen.

Stadträtin Stocker erläutert ausführlich den Antrag und bittet das Gremium um Zustimmung, da die Sanierung der Bergkirche im Frühjahr 2017 fertiggestellt werden soll.

beschlossen **dafür 28 dagegen 0**

Vom Sachvortrag Nr. 2016/190 wird Kenntnis genommen.

Der ältere Teil des Hohenfelder Friedhofes ist aufgrund von vielen aufgelassenen Gräbern in einem sehr schlechten Zustand. Die Unebenheiten sind inzwischen so schlimm, dass die Behebung der Schäden mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr behoben werden können. Eine umfangreiche Sanierung ist dringend erforderlich. Es sind darum die nötigen Mittel im Haushalt 2017 bereitzustellen.

Die zurzeit laufenden Renovierungsarbeiten an der Bergkirche werden voraussichtlich im Oktober 2016 abgeschlossen sein. Die Sanierung ist zeitnah vorzunehmen. Hohenfelder Vereine und Bürger haben bereits ihre Unterstützung bei der Umsetzung signalisiert.

3.3. Antrag der CSU-Fraktion vom 23.07.2016; Gehsteigverlängerung Kraußstraße

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung auf den Eigentümer des Nachbargrundstückes zugegangen sei, dieser aber nicht bereit ist, einen Teil seines Grundstückes abzutreten. Somit sei die angedachte Lösung technisch nicht umsetzbar. Oberbürgermeister Müller erinnert, dass alle anderen Varianten bereits diskutiert und abgelehnt wurden.

Aus diesen Gründen erfragt er, ob sich der Antrag dadurch erledigt hat.

Stadträtin Stocker informiert, dass sie Herrn Hein per Mail mitgeteilt habe, den Antrag wie folgt zu ergänzen: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Situation vor Ort so zu entschärfen, dass die Bürger einen sicheren Gehweg vom Abzweig „Am Bächlein“ bis zur Auffahrt am Friedhof nutzen können. Dem Stadtrat sind die entsprechenden Lösungsvorschläge zur Entscheidung vorzulegen.“

Wenn das Nachbargrundstück nicht zur Verfügung steht, könnte beispielsweise der Gehsteig entlang der Grundstücksgrenze umgesetzt werden. Dadurch würde eine Fahrbahnverengung entstehen und die Geschwindigkeit verringert werden, schlägt Stadträtin Stocker vor.

Bauamtsleiter Graumann entgegnet, dass dies nicht möglich sei.

Stadtrat Rank fügt ergänzend hinzu, dass die Verwaltung sicher einen Vorschlag auf Grund der gefährlichen Stelle erarbeiten kann, darum gehe es in dem Antrag.

Bauamtsleiter Graumann bietet an, nochmals alle Möglichkeiten zusammenzutragen und vorzulegen, hält eine Lösung aus fachlicher Sicht aber für schwierig.

abgelehnt dafür 8 dagegen 20

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/220 wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Verhandlungen über den erforderlichen Erwerb von Privatflächen gescheitert sind.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Situation vor Ort so zu entschärfen, dass die Bürger einen sicheren Gehweg vom Abzweig „Am Bächlein“ bis zur Auffahrt am Friedhof nutzen können. Dem Stadtrat sind die entsprechenden Lösungsvorschläge zur Entscheidung vorzulegen

3.4. **Antrag des Senioren- und Behindertenbeirates; "Barrierefreie Stadt"**

Oberbürgermeister Müller informiert vorab, dass es wichtig wäre, keine Einzelmaßnahmen auszugliedern, da das für das Gesamtkonzept förderschädlich wäre. Lediglich der Übergang von der Evangelischen Stadtkirche zum Bauamt soll möglichst zeitnah unabhängig vom Konzept umgesetzt werden.

Stadtrat Popp erläutert ausführlich den Antrag des Senioren- und Behindertenbeirates und bittet das Gremium um Zustimmung.

Bezüglich des zeitlichen Ablaufes kann Bauamtsleiter Graumann noch keine konkrete Aussage treffen, ob im Jahr 2017 mit der Maßnahme begonnen werden kann, da dies von der Förderung abhängig ist. Eingestellt wurden die Haushaltsmittel für 2017 und 2018, ergänzt Stadtkämmerin Erdel.

Nach ausführlichem Meinungsaustausch im Gremium wird erkennbar, dass das Gremium den Antrag befürwortet und eine barrierefreie Stadt für sehr wichtig hält. Außerdem wird erkennbar, dass der Königsplatz priorisierten Handlungsbedarf zur Innenstadt und zum Marktplatz hat.

Oberbürgermeister Müller stellt dazu klar, dass erstmal ein Gesamtkonzept vorliegen sollte und dann sei ohnehin die Abschnittsweise Umsetzung und damit verbundene Prioritätensetzung festzulegen.

Bezüglich der Pflasterauswahl informiert Bauamtsleiter Graumann, dass am „Hörgeräte Hahn“ in der Schrankenstraße das gewünschte Pflaster angebracht wurde und bewusst ein anderes zu dem, das in den Markt führt, gewählt wurde. 2. Bürgermeister Heisel bittet für die Planung unbedingt um einen deutlichen Farbunterschied zu der bestehenden Pflasterung – auch am Übergang zum Schulhof, da es für den Autofahrer und Fußgänger sehr wichtig ist.

Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag, den Beschlussentwurf um Punkt 6 zu erweitern und den Oberbürgermeister dazu zu ermächtigen, ein externes Planungsbüro für die Leistungsphasen 1 bis 3 zu beauftragen, um beschleunigt die nötige Grundlage zur Stellung des Förderantrages einzuholen.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/221 wird Kenntnis genommen.
2. In einem ersten Schritt soll jetzt als Einstieg in die Umsetzung des Aktionsplanes der Überweg am Platz der Partnerstädte vom Gehsteig vor der evang. Stadtkirche zum Landratsamt neu gestaltet werden, dazu gehören auch andere Anlaufstellen auf dem Platz wie in die evang. Stadtkirche und in die Friedrich-Bernbeck-Schule und für den Zugang zum Parkplatz im Paul-Eber-Haus. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah einen Planungsentwurf zu erstellen, die Kosten zu ermitteln und dem Stadtrat zur Beratung und zum Beschluss bis November 2016 vorzulegen.
3. Gleichzeitig ist als zweiter Schritt in einem Gesamtkonzept die Planung für eine Neugestaltung des gesamten Königsplatzes zu erstellen. Dabei muss vor allem der Übergang von der Hypo-Vereinsbank zur Mainpost berücksichtigt werden, als auch die gefahrlose Querung der Luitpoldstraße (geht Mitte 2017 in städtischen Besitz) in Richtung Fastnachtsmuseum bzw. Richtung Rosenberg.

4. Für den Marktplatz sind vorausschauend Überlegungen, Planungen und Gestaltungsvorschläge zu erstellen, wie die bestehenden Barrieren entschärft bzw. beseitigt werden können.
5. Es besteht Einverständnis damit, zunächst ein Gesamtkonzept zu erstellen. Nach Abstimmung im Stadtrat wird für die vorgesehenen Maßnahmen ein Zuwendungsantrag gestellt werden.

beschlossen dafür 23 dagegen 5

6. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Leistungsphasen 1 bis 3 für das Gesamtkonzept an ein externes Planungsbüro zu vergeben.

Oberbürgermeister Müller fasst zusammen, dass der Übergang am Bauamt sowie der Überweg am Platz der Partnerstädte vorrangig umgesetzt werden und somit nicht Bestandteile des Gesamtkonzeptes sowie der Förderung sein werden.

**3.5. Antrag der SPD-Fraktion;
Schaffung von sozialen Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung**

Stadträtin Glos beantragt auf Grund von Zeitmangel die Absetzung des Tagesordnungspunktes.

beschlossen dafür 24 dagegen 0

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

zurückgestellt

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 24.11.2016.

4. Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen

Oberrechtsrätin Schmöger erläutert kurz die Sachlage.

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/193 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die als Anlage 1 dieser Sitzungsvorlage beigefügte „Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren“ zu erlassen.

5. Feuerwehrbedarfsplan für die Stadt Kitzingen mit Stadtteilen

Oberrechtsrätin Schmöger erläutert kurz die Sachlage und bittet um Zustimmung zur Handlungsgrundlage für die Feuerwehren.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/211 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, dass der als Anlage 1 dieser Sitzungsvorlage beigefügte „Feuerwehrbedarfsplan für die Stadt Kitzingen“ als Grundlage für die zukünftige Entwicklungsarbeit der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen dient.

6. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 27.10.2016.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

7. Sonstiges

7.1. Bitte von Stadträtin Kahnt; Pfützen am Bahnhof-Parkplatz Nord

Stadträtin Kahnt weist daraufhin, dass sich am Bahnhofparkplatz Nord riesige Pfützen gebildet haben und bittet dies zu verdichten.

Oberbürgermeister Müller beauftragt Herrn Pfrenzinger, dies weiterzugeben und zu überprüfen.

7.2. Bitte von Stadträtin Glos; Reparaturen am ehemaligen Feuerwehrhaus in Repperndorf

Stadträtin Glos informiert, dass einige Repperndorfer auf sie zugegangen sind, da vor etwa drei Jahren der Austausch der Fenster im ehemaligen Feuerwehrhaus erfolgen sollte und bis heute nicht erledigt wurde. Außerdem seien die Treppensprossen am Geländer locker.

Oberbürgermeister Müller bittet Herrn Graumann, dem nachzugehen und das Gebäudemanagement bezüglich der Fenster zu beauftragen. Weiter solle der Bauhofschreiner das Geländer prüfen und entsprechend reparieren.

7.3. Anfrage von Stadträtin Glos; Rummel am Bleichwasen

Auf Nachfrage von Stadträtin Glos, stellt Oberbürgermeister Müller klar, dass der Parkplatz für den Rummel bevorzugt genutzt wird, weil dort befestigte Flächen zur Verfügung stehen.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:04 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte